

Pirker: Ja, ich glaube schon. Es wäre vielleicht auch besser gewesen, wenn der Bundeskanzler zugehört hätte.

medianet: Wie ist das jetzt mit den Inseraten des Finanzministerium in Ihren Medien? Man hat dort eleganterweise Dinge dementiert, die Sie gar nicht beklagt hatten. Hat das Finanzministerium nun sämtliche Werbemaßnahmen in den VGN-Medien gestrichen?

Pirker: Ja, klar. Ausnahmslos.

medianet: Was heißt das jetzt für Ihren Verlag? Sie meinten kürzlich in einer TV-Runde auf Puls24, Sie könnten das verkraften, aber es gebe Medienunternehmen, die das wohl nicht einfach so einfach wegstecken würden ...

Pirker: Ja, das ist genau der Punkt. Aber wir sind wirtschaftlich Gott sei Dank so gesund, dass uns das nicht existenziell betrifft. Es ist „nur“ ein Machtmissbrauch, aber mehr nicht.

medianet: Nun könnte aufgrund der öffentlichen Debatte ein Zeitfenster für echte Reformen aufgehen. Was wären denn Ihre Vorschläge für eine objektive entgeltliche Kommunikation des Bundes und der Länder?

Pirker: Das ist ganz einfach. Ich habe selbst gedacht, es sei kompliziert, aber letztlich ist es supereinfach. Ich glaube, es braucht zunächst einen Split, nämlich in Medienförderung einerseits und dann in öffentliche Kommunikation andererseits. Die Presseförderung, die ja in der Größenordnung von ca. acht Millionen Euro liegt, die sollten jene bekommen, die es wirklich brauchen, im Sinne der Vielfalt. Also die Kleinen, die eine besondere Positionierung haben oder die in Nischen leben. Das zweite ist dann die öffentliche Kommunikation; und diese gehört unbedingt auf Basis eines

Gesetzes geregelt, wie viel Geld insgesamt zur Verfügung steht, nach welchen Kriterien das Geld vergeben wird und wie die nachgängige Kontrolle samt Sanktionen gewährleistet wird.

medianet: Wie solls gehen?

Pirker: So etwas gibt es bereits bei der Medienförderung, wo es zumindest klare Kriterien gibt,

möglicherweise auch die Affinitäten zu bestimmten Themen und dann wohl auch ein paar Kriterien, wie etwa eine Mitgliedschaft im Presserat, ob man Mitarbeiter in prekären Arbeitsverhältnissen hält oder auch, wie viel Public Value man generiert.

medianet: Schaut man sich die Inseratenverteilung an, so be-



© medianet/Katharina Schiffl

und die Kriterien könnten Experten, Universitätsprofessoren, Richter und andere berufene Persönlichkeiten für die werbliche Kommunikation des Bundes festlegen. Und dann ist es ganz einfach. Erfülle ich als Medium die Kriterien, werde ich in die entgeltliche Kommunikation einbezogen, wenn nicht, dann eben nicht.

medianet: Also nicht eine Ex-post-Regelung, wie bei der Medien-Transparenzdatenbank, die laut diversen Untersuchungen sogar ein Drittel der Ausgaben gar nicht erfasst, sondern eine Ex-ante-Regelung, die gesetzlichen Vorgaben folgt. Welche Kriterien soll es da geben?

Pirker: Ja, es gibt Ideen zu den Kriterien. Wenn wir jetzt nur über die öffentliche Kommunikation sprechen, wird das Thema Reichweite der Medien eine Rolle spielen sollen oder müssen. Dann

kommen vor allem die regionalen Medien im Verhältnis weniger – und mit den Reichweiten als Parameter würde das nicht mehr werden ...

Pirker: Das ist nicht richtig, die haben oft enorme Reichweiten und nicht selten eine hohe Qualität, sind ethisch nicht nur ausnahmsweise vorbildhaft in ihrem Wirken. Damit würden sie nach den vorhin aufgezählten Kriterien vielleicht sogar mehr bekommen.

medianet: Soll bei den Reichweiten eine Kombi aus Print und Digital gelten?

Pirker: Das kann man getrennt machen oder zusammen messen – das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist einfach, jetzt haben wir eine willkürliche Vergabe von Mitteln nach Gutsherrenart – also: Bist du brav, kriegst du mehr, bist du weniger brav, kriegst du weniger. Und bist du

„
Die Branche selbst hat sich sehr bedeckt gehalten, weil sich die sonst Lautesten ja mit Recht genug fürchten in diesem Kontext.

... über gesetzliche Regelungen für Regierungs-kommunikation

“

überhaupt schlimm, bekommst du gar nichts. Samt den dazugehörigen Mechanismen wie Drohungen, Erpressungen und, und, und. Das ist tatsächlich nach Mafia-Art.

medianet: Aber diese Zuckerbrot-und-Peitsche-Taktik kennt man in der Branche ja ...

Pirker: Aber nur, weil wir es kennen, ist es noch nicht richtig. Wir kennen auch die Tatsache, dass in Wien viele Fahrräder gestohlen werden. Dennoch ist es nicht in Ordnung, dass die Fahrräder gestohlen werden.

medianet: Haben Sie Hoffnung, dass sich etwas ändert? Das Thema wird uns ja allein aufgrund möglicher Prozesse noch jahrelang verfolgen und sicherlich nicht weggehen.

Pirker: Das Thema wird sicher nicht weggehen und deshalb wird sich meiner Meinung nach, aber vielleicht bin ich auch zu blauäugig, etwas ändern.

medianet: Haben Sie nach dem Outen des Finanzministeriums Reaktionen von Kolleginnen und Kollegen bekommen?

Pirker: Das Ganze hat eine öffentliche Diskussion ausgelöst, die dann zu mir zurückgeschwappt ist. Diese war erfreulich und für mich überraschend intensiv. Die Branche selbst hat sich sehr bedeckt gehalten, weil sich die sonst Lautesten ja mit Recht genug fürchten in diesem Kontext.